Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 71 (1979)

Heft: 3

Artikel: Arbeitsplätze in der Schweiz, Verlagerung in die Dritte Welt : Solidarität oder Konkurrenz?

Autor: Kappeler, Beat

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354933

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Monatsschrift
des Schweizerischen
Gewerkschaftsbundes

Heft 3
März 1979
71. Jahrgang

Zweimonatliche Beilage: «Bildungsarbeit»

Gewerkschaftliche Rundschau

Arbeitsplätze in der Schweiz, Verlagerung in die Dritte Welt: Solidarität oder Konkurrenz?

Beat Kappeler

Fünfhunderttausend industrielle Arbeitsplätze schufen schweizerische Firmen im Ausland, hundertfünfzehntausend davon allein in Entwicklungsländern. Alle industriellen Arbeitsplätze in der Schweiz selbst beschäftigen 680 000 Personen. Ausserhalb unseres Landes wird also unter schweizerischer Regie fast gleichviel produziert wie innerhalb.

Ausmass und Gründe der Verlagerung

Fast ein Fünftel unserer Nahrungsmittelimporte und Getränkeeinfuhren kommen aus Entwicklungsländern, desgleichen ein Siebentel der Textilien, fast ein Fünftel der Kleider und schon ein Fünftel der Uhren. Vor 1962 waren es nur ein Zehntel der Uhren, nur drei Prozent der Kleider. Gemessen am Gesamtverbrauch stiegen die Importe aus den Entwicklungsländern bei den Textilien auf jedes fünfzehnte Stück, auf jedes fünfundzwanzigste Stück bei Spielzeugen und Getränken, und für die ganze Industrieproduktion auf zwei Prozent. Diese letztern Zahlen scheinen weniger alarmierend, doch verglichen mit der Zeit wiederum vor 10 oder 15 Jahren weisen sie auf rasche Steigerungen der Importanteils der Entwicklungsländer an unserem Verbrauch hin – im Falle der Bekleidung auf eine Verdreizehnfachung, im Durchschnitt der Industrie auf eine Verdoppelung seit 1962. (Nach Heinz Hollenstein, in WIF/ETH, Nr. 8, 1977.)
Zeigen diese Zahlen eine nahe Bedrohung für die Arbeitsplätze in der Schweiz auf? Wurden schon enorme Teile der Industrie ausgelagert? Wird der Schweizer immer mehr Güter aus den ausgelagerten Werkstätten, aus der Dritten Welt mit ihren billigen Arbeitskräften, beziehen?

Käme man zu einer Bejahung dieser Fragen, dann wäre der Entwicklungsprozess ein Null-Summen-Spiel, das heisst, was der eine dabei gewänne (Dritte Welt), das müsste der andere verlieren (Schweizer Arbeitsplätze), und im Endergebnis wäre Wirtschaftskraft nur verlagert, nicht aber neu geschaffen worden. Damit aber würde unsere Solidarität für die wirtschaftlichen Chancen der Dritten Welt von einer unheimlichen Konkurrenzangst überlagert. Aus drei Arten von Überlegungen heraus ist diese Angst aber unbegründet.

1. Besondere Situation der Schweizer Multinationalen

Die halbe Million der unter schweizerischer Regie geführten Arbeitsplätze im Ausland verteilen sich grossenteils auf wenige Multinationale. Allein die sechs grössten schweizerischen Multinationalen halten zwei Drittel der Arbeitsplätze dieser «zweiten industriellen Schweiz» im Ausland. Die gleichen sechs Multinationalen halten in der Schweiz selbst nur 11 Prozent aller industriellen Arbeitsplätze, nämlich etwa 74 000. Von den 8100 Industrieunternehmen insgesamt haben nur etwa 120 bis 150 (was ungefähr 1 ½ Prozent entspricht) Anlagen in aussereuropäischen Entwicklungsländern. Es lässt sich daher im allgemeinen nicht behaupten, dass alle diese Arbeitsplätze unter der Regie der schweizerischen Multinationalen aus der Schweiz herausgelöst und ins Ausland verlagert worden sind. Vielmehr scheint hier die Eigendynamik des Betriebs- und Unternehmenswachstums dieser Grossfirmen eine wichtige Rolle gespielt zu haben. Die Ziele der Massenproduktion, der Marktanteilsvergrösserung, der Diversifikation, der Kapitalakkumulation ganz allgemein lassen sich im von ihnen angestrebten Massstab auf dem kleinen Inlandmarkt nicht erreichen.
Die halbe Million Arbeitsplätze im Ausland sind daher in ihrer überwiegenden Anzahl durch eine «passive Verlagerung» entstanden, indem Gewinne und Rückstellungen nicht in der Schweiz, sondern im Ausland zur zusätzlichen Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet wurden.

2. Hauptgrund der Auslagerung: Markterschliessung

Eine umfangreiche Studie der Universität Basel (Institut für Sozialwissenschaften, Borner/Prader/Simma/Stuckly/Ulmi/Wehrle: Diskussionspapier Nr. 22, 1978) fügt den oben erwähnten Zahlen eine eingehende Untersuchung der Gründe für die Errichtung der Arbeitsplätze im Ausland an.
Summarisch wurden diese Gründe von den Firmen selbst den folgenden Gruppen zugeteilt:

Eroberung neuer Märkte	29 Prozent
Verfügbarkeit von Arbeitskräften	25 Prozent

Zollmauern umgehen	18 Prozent
Tiefere Produktionskosten allgemein	14 Prozent
Tiefere Löhne	14 Prozent

(Nach Maillat, Internationales Arbeitsamt, 1977.)

Der Zutritt zu neuen Märkten war für die schweizerischen Multinationalen der Hauptgrund zur Auslandverlagerung, oder im Lichte des unter 1) gesagten, zur zusätzlichen Expansion im Ausland. Die tieferen Löhne, also das spezifische Argument, das man für die Verlagerung in die Dritte Welt, aber auch in einen grossen Teil des übrigen Auslandes erwartet hätte, taucht nur in einem Siebtel aller Fälle auf.

Innerhalb der Gastländer der Dritten Welt werden die Arbeitsplätze der schweizerischen Industrieableger wiederum in den Ballungsräumen konzentriert. Entwicklungspolitisch hat dies Kritiker auf den Plan gerufen (Berweger, «Investition und Legitimation, Privatinvestitionen in Entwicklungsländern als Teil der schweizerischen Legitimationsproblematik», Dissertation St. Gallen, 1977). Für unseren Fall zeigt auch dieser Trend, dass es innerhalb der Gastländer nochmals nicht nur auf die jeweils niedrigsten Löhne ankommt, sondern auch auf Infrastruktur und Marktnähe, was zur Arbeitsplatzschaffung in den teurern Ballungsgebieten führt.

In einer Analyse nach Branchen fasst die Basler Studie die Verlagerungsgründe folgendermassen zusammen:

Gummi- und Plastikindustrie: Neue Märkte und/oder Rohstoffquellen spielen eine wichtige Rolle.

Chemie: Der Marktzugang ist ausschlaggebend, standardisierte Phasen am Ende des Produktionszyklus werden ausgelagert.

Maschinenindustrie: Standardisierte Endphasen der Produktion werden ausgelagert, wenn keine hochqualifizierten Arbeitskräfte nötig sind. Der Marktzugang in weitern Ländern regt ebenfalls die Auslagerung an. Ein Grund, der die Auslagerung hinter jener der Chemie hält, liegt in der fehlenden Qualifikation der Arbeiter in den möglichen Gastländern des Tieflohnbereichs. So hat diese Industrie in der Dritten Welt einen Arbeitsplatz auf neun bestehende Arbeitsplätze in der Schweiz geschaffen, in der Chemie dagegen trifft es zwei Tieflohnarbeitsplätze auf einen Schweizer Arbeitsplatz.

Metallindustrie: Der Marktzutritt ist entscheidend für die Verlagerung.

Druck- und Verlagswesen: Das hohe Qualitätsniveau der schweizerischen Produktion kann nur hier erreicht werden; qualitative Spezialisierung wird hier weiterhin vor Auslagerung stehen.

Holz- und Korkindustrie: Zwar macht sich der Importdruck aus Tieflohnländern bemerkbar, aber die Branche ist sehr auf die Binnen-

wirtschaft ausgerichtet, so dass Auslagerung von Arbeitsplätzen dennoch unwahrscheinlich bleibt.

Nahrungsmittelindustrie: Die weniger kapitalintensiven Produktionssparten wären an sich auslagerungsverdächtig. Doch weil jedes Land nichtspezialisierte Nahrungsmittel herstellt, hat eine spezialisierte Produktion in der Schweiz weiterhin ihren Sinn. Nestlé ist eine Ausnahme: diese Firma produziert seit Jahren im Ausland aus Marktgründen.

Uhrenindustrie: Interne Reorganisation ist das Hauptanliegen dieser Industrie. Auslagerungspläne bestehen bei den zwei grossen Gruppen SSIH und ASUAG vor allem, weil in einfacherer Uhrentechnologie sich Auslagerung als Alternative zu den Exporten von Bestandteilen anbietet.

Steine und Erden, Zement, Ziegel: Hier spielen wiederum Kostenüberlegungen, und vor allem Arbeitskostengründe, eine geringe Rolle. Dagegen macht hier der tiefe spezifische Wert der Produkte eine Verlagerung der Produktion in die anvisierten Märkte notwendig.

Textil- und Bekleidungsindustrie: Kostendruck und Konkurrenz sind hoch in allen ausser den ganz spezialisierten Unterbranchen. Die Auslagerung ist eine bereits alte Erscheinung in dieser Industrie.

Papier und Karton: Kostenerwägungen können eine Rolle bei Auslagerungsplänen spielen, aber der Zugang zu Rohmaterialien und Energiequellen übertrifft diese trotzdem noch. Spezialisierte Produktion mit hoher Wertschöpfung rentiert weiterhin in der Schweiz. Die Branchenanalyse bestätigt also die anfänglich gemachte generelle Einschätzung der Auslagerungsgründe. Das Fehlen qualifizierter Facharbeiter im Ausland des Tieflohnbereichs und billiger Ungelernter in Inland sind vom Arbeitsmarkt her die zwei wichtigen Beeinflussungsfaktoren des industriellen Standorts. Der erste Faktor verzögert, der zweite beschleunigt die allfällige Auslagerung. Primär aber – ausser für die Textil- und Bekleidungsindustrie – war stets der Marktzutritt das Ziel von Auslagerungsbemühungen.

Die Wende der Fremdarbeiterpolitik der Schweiz seit 1969/1970 hat die unbeschränkte Vermehrung der ungelernten Arbeitskräfte im schweizerischen Wirtschaftsraum unterbunden und dadurch einen Auslagerungsgrund vom Arbeitsmarkt her verstärkt, wiederum aber nicht primär von der Kostenseite her. Die Gewerkschaften halten heute an einer Unterbindung zusätzlicher Einwanderung fest. Vor allem dulden sie den Einsatz fluktuierender Fremdarbeiterkontingente (Saisonniers) nicht, welche nur die Konturen des Arbeitsmarkts und der notwendigen Massnahmen verwischen helfen würden.
Eine letzte Beleuchtung der Auslagerungsgründe mag in der Tat-

sache gesehen werden, dass zwei Drittel der in Tieflohnländern von schweizerischen Multinationalen Beschäftigten in sogenannt kapitalintensiven Branchen arbeiten (Basler Studie Seite 139). Hier können Lohnkostengründe weniger als eben wiederum Markterschliessungsgründe gespielt haben.

3. Import- und Exportstrukturen zwischen der Schweiz und der Dritten Welt

Ein qualitativer, in der Technologie begründeter Abstand zwischen den schweizerischen und den ausländischen Produzenten hat seit hundert und mehr Jahren die Schweiz bei ihrer Integration in den Welthandel gewinnen lassen. Dabei mag das durchschnittliche technologische Niveau unserer Exportindustrie nicht generell besser als in andern hochentwickelten Industrieländern gewesen sein. Aber die Schweizer Unternehmen haben sich nie gescheut, eine Spezialisierungsnische jedesmal dann wahrzunehmen, wenn sie dank selbst entwickelter Werkzeug- und Produktionsmaschinen ausländische Konkurrenten der Güterproduktionsstufe beliefern konnten. Die Schraubenfabrik, welche eine Maschine zur Schraubenproduktion entwickelt hatte, begann diese Maschine zu liefern, die Textilfirma verkaufte ebenfalls ihre Eigenkonstruktion an Konkurrenten und wurde zur Maschinenfabrik, desgleichen die Giesserei mit ihren Giessanlagen oder die Papierfirma mit ihrem in Lizenz weiterverkauften selbstentwickelten Klärsystem. Auf diese Weise bewahrte sich die Schweizer Exportindustrie laufend einen Abstand vor andern Produzenten in der internationalen Arbeitsteilung. Diese aggressive Haltung hat Arbeitsplätze und Märkte für die Schweizer Exportindustrie geschaffen, obwohl man im vorneherein mit dem möglichen Verlust derjenigen Arbeitsplätze hätte argumentieren können, welche von der Anwendung dieser Werkzeugmaschinen durch ausländische Konkurrenten der Güterproduktionsstufe zu erwarten war. Hingegen zeigt sich hinterher, dass das allgemeine Wachstum der ausländischen Märkte genügend Auslastung durch die Erstlieferung und dann durch Ersatzlieferungen für die schweizerische Werkzeugmaschinenindustrie brachte. Dieses Muster internationaler Arbeitsteilung zugunsten der Schweiz gilt noch immer. Das «Impulsprogramm» übersetzt den politischen Willen, weiterhin dies zu verfolgen, in einen ersten Ansatz moderner Strukturpolitik.

Die Handelsströme insgesamt zwischen der Schweiz und der Dritten Welt weisen einen fast unanständigen Überschuss auf: Im Jahre 1977 betrug dieser bei 4,4 Milliarden Franken Importen und 9,6 Milliarden Exporten 5,2 Milliarden Franken oder etwa Fr. 2500.– pro Haushalt. Zwar mögen unter unsern andern Importen noch weitere Bestandteile aus Entwicklungsländern stammen – Rohstoffe sind in

anderswoher eingeführten Halbfabrikaten enthalten – aber auch auf der Exportseite kann das gleiche Argument angeführt werden. Damit hängt der schweizerische Wohlstand über die Exportindustrie unter anderem von der Kaufkraft der Dritten Welt ab. Die Entwicklung der Dritten Welt kann unter diesem Gesichtspunkt nur förderlich und nicht schädlich für unsere Arbeitsplätze sein. Perlen in einem Armenhaus zu verkaufen, ist unmöglich, und unsere Weltperipherie ist noch zu sehr Armenhaus. Weiter interessiert in diesem Argumentationszusammenhang, dass zwei Drittel unserer Drittweltexporte in die zehn «reichen» Entwicklungsländer gehen und dass die OPEC-Länder seit ihrer markanten Einkommensverbesserung unsere Exportgüter in stärkerem Masse abnahmen, als sie uns durch Ölpreise rupften. Das Verhältnis des Schweizer Exports zum Import aus jenen Ländern stieg von 157 Prozent (1972) und 88 Prozent (1974) auf 268 Prozent im Jahre 1977.
Die gleiche Entwicklung lässt sich für einen Teil des OECD-Raumes feststellen. Zwischen 1963 und 1977 stiegen die Ströme von Industriegütern aus Entwicklungsländern nach der OECD von 1 auf 33 Milliarden Dollar an, doch die Drittweltimporte aus der OECD stiegen von 5 auf 52 Milliarden. Dabei konnten die wettbewerbsstärksten OECD-Länder ihre Ausfuhren am meisten steigern, was OECD-Experten zur Schlussfolgerung führte, dass das Problem der «neuen Industrieländer» in der Dritten Welt eigentlich ein OECD-internes Problem der Industrie- und Exportstrukturen ist.
Ein letzter, gewichtiger Aspekt des Problems im Handel mit der Dritten Welt beleuchtet das schweizerische Beschäftigungsproblem ebenfalls aus einem günstigen Winkel. Nur ein Zehntel aller in Tieflohnländern von Schweizer Multinationalen Beschäftigten stellen Güter her, die in die Schweiz geschickt werden. Das sind etwa 9000 Leute, welche also direkte Importe nach der Schweiz senden helfen (Basler Studie Seite 139). Dies ist womöglich ein Indiz für die direkte Auslagerung unter den Fittichen schweizerischer Firmen, die teilweise aus Kostengründen erfolgte und hierzulande Arbeitsplätze kostete. Nicht berücksichtigt in dieser Zahl sind natürlich die Arbeitsplatzfolgen indirekter Auslagerung in jenen Fällen, in denen die schweizerische Produktion ersatzlos eingestellt wurde und Importe aus nicht-schweizerisch beherrschten Produktionsstätten in Tieflohnländern kommen. Die eingangs gemachten Zahlen betreffend Drittwelt-Anteilen am schweizerischen Verbrauch geben darüber einigen Aufschluss.
Aus diesen ersten drei Kapiteln ergeben sich generell keine Hinweise darauf, dass die Entwicklung der Dritten Welt, dass ihre Integration in den Welthandel und in die internationale Arbeitsteilung systematisch Arbeitsplätze in der Schweiz gekostet hätten. Die Entwicklung der Dritten Welt entlang unseren eigenen Wachstumspfaden und Akkumulationsmodellen braucht demnach kein Null-

summenspiel zu sein. Es scheint, dass beidseitig verteilte Gewinne möglich sind. Dennoch – einige weitere Bedingungen müssen berücksichtigt werden, um diese Aussage – oder Hoffnung – so generell wagen zu dürfen.

Gesellschaftlich gerechte Rahmenbedingungen sind unerlässlich

Aus der bisherigen, für die Schweiz relativ problemlosen Entwicklungsgeschichte der ärmern Weltteile lässt sich allerdings keine gesicherte Prognose für die Zukunft machen. Wenn die Schweiz selbst in schwierigeren Zeiten keine ernsthafte eigene Beschäftigungspolitik führt (Währungsinterventionen inbegriffen), wenn die Neue Internationale Arbeitsteilung unter der Regie multinationaler Gesellschaften das Gesicht der Welt verändert, wenn drittens Entwicklungsdiktaturen gewisse Länder zu Entwicklungspolen mit sozialem Dumping (niedergehaltene Masseneinkommen und -löhne) machen und wenn viertens Umweltgrenzen der Welt den Gürtel enger ziehen, dann wird klar, dass es künftig auf die Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Art ankommen wird, ob sich eine harmonische und solidarische Weltwirtschaftsentwicklung einstellen kann.

1. Bedeutung einer schweizerischen Beschäftigungspolitik

Argumente, Befürchtungen gegen den kommenden Einfluss eines wirtschaftlich erstarkenden Auslandes gleichen heute jenen der Kapitalexportdebatte in den zwanziger und dreissiger Jahren. Damals glaubte die schweizerische Linke oftmals, der sogenannte «Kapitalexport» (es handelte sich sehr oft um Auslandverlagerungen direkter oder indirekter Art) ruiniere die Arbeitsplätze in der Schweiz. Dies war nicht gänzlich falsch, und es könnte wiederum auch heute als Argument Anklang finden – dann nämlich, wenn sonst keine Beschäftigungspolitik im Inland gegen die momentanen Gefahren betrieben wird.
Die Situation heute gleicht tatsächlich jener vor fünzig oder sechzig Jahren: Die freien Wechselkurse seit 1973 stellen neben dem Umschwung der Fremdarbeiterpolitik 1970 die zweite grosse Wende der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik dar, die einen gewaltigen Einfluss auf die Auslagerungsfrage hat. Wie in den zwanziger und dreissiger Jahren (nach dem kriegs- und krisenbedingten Zerfall ausländischer Währungen) steht die Schweiz heute mit einem rasch höher bewerteten Franken da, während sie noch vor kurzem, also vor 1973, ein «Niedriglohnland» war (gemessen an unserer industriellen Fähigkeit). Dieser rapide Umschwung nach einer allzulangen Phase konservativer Politik wirkt bedrohlich und reizt dazu, die Schuld für interne Probleme im Ausland zu sehen. Zweitens flaute die Konjunk-

tur damals wie heute merklich ab und drittens drücken gewisse Sättigungserscheinungen in Konsumgütergenerationen heute wie damals. Auto, TV und Haushaltelektronik trugen die Nachkriegskonjunktur, versagen aber als Expansionsfaktoren der Konjunktur der achtziger Jahre.

Aus all diesem soll nur der Schluss gezogen werden, dass für unsere inländische Beschäftigungslage auf diesen Problemgebieten etwas getan werden muss, und dass solche Aktionen weitaus grössere und direktere Auswirkungen auf unsere Arbeitsplatzzahl haben als alle Entwicklungen, die in der Dritten Welt vor sich gehen könnten. Die *Währungspolitik* der Nationalbank seit dem 1. Oktober 1978 ist ein Beispiel dafür, die nun anlaufende *Regionalpolitik* des Bundes kann ein anderes werden. Hoffmann-La Roche ist schliesslich nicht nach Singapur gezogen mit der neuen Vitamin-C-Fabrik, sondern ins vergleichsweise höhere Lohngebiet Schottland. Dort war dank Regionalpolitik die kokette Summe von 130 Mio Franken als staatlicher Investitionsbeitrag verfügbar. Das Dumping der Industrieländer (Werften, Stahl) übt ebenfalls wichtige Einflüsse auf unsere Beschäftigung aus. Die Erkenntnisse aus der Branchenanalyse über die Qualifizierung und Spezialisierung als Garant unseres Exportvorsprungs ihrerseits unterstreichen die hohe Dringlichkeit von *Berufsbildung und Umschulung* in der Schweiz.

Die *Strukturpolitik* wurde ebenfalls im vorigen Kapitel angetönt. Zur Strukturpolitik gehört auch eine willentliche Gestaltung des Verhältnisses zwischen dem *Finanzplatz* und dem Rest der Wirtschaft unseres Landes. Solange unkontrollierte und unbekannte Zuströme in unseren Währungsraum möglich sind wegen des im internationalen Standard zu weichen Bankenrechts (Bankgeheimnis), wegen des im internationalen Vergleich zu weichen Aktienrechts und wegen der Spielmöglichkeiten durch Holdingformen in Aktien-, Steuer- und Währungsrecht (jeder Ausländer kann Deviseninländer werden, wenn er eine Holding auftut), solange läuft der Trend in unserer Wirtschaftsstruktur ungeplant und gefährdet Arbeitsplätze durch die andauernde Höherbewertung des Frankens. Das gleiche gilt auch für das nur immer vor uns hergeschobene Problem der 170 Milliarden des Netto-Auslandvermögens und der Milliarden, die jährlich darauf als Erträge anfallen. Soll dies jederzeit frei in den schweizerischen Währungsraum rückverschoben werden können, womöglich im dümmsten Moment einer jeweiligen Währungsunruhe?

Niemand vermag zu sagen, wieviel *Fluchtkapital,* das im Iran Arbeitsplätze geschaffen hätte, in die Schweiz kam und hier Arbeitsplätze durch die Höherbewertung der Währung bedrohte...

Kurz, alle diese zum Teil ungelösten Fragen beeinflussen das Niveau der Beschäftigung in unserem Land in gewichtigem Ausmass.

2. *Die Neue Internationale Arbeitsteilung und der Rahmen für Multinationale*

Während die Entwicklungsländer früher nur als Rohstofflieferanten in die Weltwirtschaft integriert waren, hat das Zusammentreffen von drei Bedingungen sie in eine neue Stellung innerhalb der internationalen Arbeitsteilung treten lassen. Nach Fröbel/Heinrichs/Kreye lassen sich diese Bedingungen folgendermassen beschreiben:

a) «Die Entwicklung eines *weltweiten Reservoirs potentieller Arbeitskräfte*». Die Verdrängung der ländlichen Überbevölkerung nach den städtischen Agglomerationen stellt weltweit eine riesige industrielle Reservearmee zur Verfügung von Industrieablegern. Was sich in Schottland durch die «Clearances» im 17. und 18. Jahrhundert, in Preussen durch das «Bauernlegen» und die Verpflanzung ganzer polnischer Dorfbevölkerungen an die Ruhr, und in den USA durch die maschinenbedingte Vertreibung der Landarbeiter, von Steinbeck in «Früchte des Zorns» beschrieben, ereignete, das wiederholt sich nun in etwa hundertmal grösserem Massstab in Asien, Afrika und Lateinamerika.

b) «Die Entwicklung einer *Technologie,* die industrielle Standortwahl und Steuerung der Produktion zunehmend weniger von geographischen Entfernungen abhängig macht.» Transport- und Kommunikationstechnologien sind damit gemeint.

c) «Die Entwicklung und Verfeinerung der Arbeitsorganisation zur *Zerlegung komplexer Produktionsprozesse* in elementare Einheiten, so dass selbst ungelernte Arbeitskräfte ohne Schwierigkeit in kurzer Zeit angelernt werden können.» (Rationalisierungen, Seriearbeit.) Solche Arbeitskräfte kosten ein Zehntel des europäischen Niveaus.

Diese drei Bedingungen fügen die Wachstumspole unter den Entwicklungsländern als Produzenten für den Weltmarkt in die internationale Arbeitsteilung ein. Sie gruppieren sich als ein Kranz von Riesenwerkstätten um die Industrieländer, von denen sie Technologie und Werkzeugmaschinen beziehen, und für die sie industrielle Massenkonsumgüter liefern: das in Brasilien nach holländischen Plänen und womöglich europäischen Ausgangsmaterialien (Stahl, Plastik) hergestellte Elektronikgerät für den schweizerischen Konsumenten... In dieser Form der Auslagerung tritt das Markterschliessungsargument zurück hinter das (Lohn-)Kostenargument. Unverkennbarerweise sind die *multinationalen Gesellschaften* an den Entwicklungstrends der Punkte *b* und *c* direkt beteiligt. Am Punkt *a* partizipieren zumindest die multinationalen Firmen des Agrobusiness indirekt, indem sie die kapital- und energieintensive Landwirtschaft fördern (grüne Revolution...) und Arbeitskräfte freisetzen.

Die Neue Internationale Arbeitsteilung und die davon immer mehr bestimmte Weltwirtschaft muss daher die Tätigkeit dieser Gesellschaften in einen verpflichtenden Rahmen setzen. Zur Fruchtbarmachung und Steuerung der Multinationalen müssen in internationalen Gremien Verhaltensregeln, mit möglichst straffer Wirkung, festgelegt werden (OECD, UNO, UNCTAD, Internationales Arbeitsamt). Die Industrieländer, und oft an vorderster Front die Schweiz, die USA und die Bundesrepublik, vollführen hier zuweilen eine eigenartige Strategie der Rückzugsgefechte. Sie schützen ihre Multinationalen vor durchgreifenden Verhaltensregeln, ohne an den Schutz ihrer Arbeitnehmer und Konsumenten vor den Organisatoren dieser die Weltwirtschaft umwälzenden Neuen Internationalen Arbeitsteilung zu denken. Der Vorsprung in Kenntnissen, die Kapitaltransfermöglichkeiten (direkt oder durch «Transfer Pricing»: konzerninterne Verrechnungspreise), die Verlagerungsmöglichkeit von Arbeitsplätzen bei Widerständen (Löhne, Organisierung der Arbeiter, Steuern, Umweltbestimmungen usw.) begünstigen die Verhandlungsposition der Multinationalen gegenüber nationalen Regierungen. Damit wünschbare nationale Prioritäten von den Regierungen weiterhin verfolgt werden können, muss die Ausweichmöglichkeit der Multinationalen in gewissem Rahmen gehalten werden. Die Aufgaben der internationalen Gewerkschaftsorganisationen und Berufssekretariate werden dadurch ergänzt, nicht ersetzt.

3. Soziales Dumping durch Entwicklungsdiktaturen

Die Effekte aus der internationalen Arbeitsteilung verkehren sich ins Negative, wenn in einem Entwicklungsland die Weitergabe der erzielten Wertschöpfung an die Bevölkerung verhindert wird. Ein Diktaturregime, das Löhne niedrighält, Gewerkschaften behindert oder auflöst und Gewerkschafter verfolgt, zieht zwar dank künstlich billiger Lohnkosten die Ableger multinationaler Konzerne an. Aber im Lande selbst tritt keine Aufwärtsentwicklung auf breiter Basis ein; die Massenkaufkraft wächst nicht. Für die Industrieländer fallen dabei weniger Lieferungen an Investitionsgütern oder an qualifizierten Produkten nach diesen Ländern aus. Möglicherweise bekommt man es hier mit einem «Minus-Summen-Spiel» zu tun.

Aber sogar die minimale Entwicklung, welche allenfalls in solchen Treibhausdiktaturen stattfinden kann, wird durch das Risiko sozialer Explosionen in Frage gestellt. Der Iran ist nur das neueste Beispiel davon. Der Vorwurf Carters an die CIA, mangelhaft informiert zu haben, ist grotesk. Diese Art von Information wollte ja gerade niemand haben. Die Anti-Schah-Demonstranten in Berlin wurden 1967 zusammengeschlagen, Nierumand verketzert. Gleiche Entwicklungen sind möglich in Tunesien, das vor Jahresfrist seine Gewerkschaftsbewegung zerschlug, in Brasilien, Peru, Argentinien,

Chile, Südkorea, auf den Philippinen, in Indonesien, Singapur, Marokko. Der Kult um das kurzfristig günstigste Investitionsklima wird durch die «Sanierungsaktionen» des Weltwährungsfonds unterstützt. In wie vielen Fällen muss sich dies offen als auch das kurzsichtigste Investitionsklima herausstellen, bis man merkt, dass soziales Dumping wirtschaftlich unsinnig und sozial gänzlich abzulehnen ist? Hier spielt die internationale Gewerkschaftssolidarität, hier gehen die Interessen der Arbeiterschaften in Industrieländern und Entwicklungsländern parallel: in Richtung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte und gegen korrupte Entwicklungsdiktaturen mit ihrem unheilvollen Bündnis zwischen einheimischer Oberschicht und international tätigen Grossfirmen.

4. Umweltgrenzen – nur für Arme?

Alle Inder können wohl nie so leben wie die Schweizer. Die sechs Millionen Schweizer haben ein ungefähr gleich grosses Bruttosozialprodukt wie die 700 Millionen Inder. Wir verbrauchen also gleichviel wie diese Riesennation. Wirtschaftliche Entwicklung nach unserm Muster heisst Akkumulation von Kapital. Dies bedingt eine durchgehende Arbeitsteilung mit ihrer Auflösung hergebrachter Familien- und Sippenstrukturen, die Einfügung aller in eine industrielle Arbeitsdisziplin mit wenig Freiräumen, sie bedingt die Vermarktung vieler Verrichtungen gegen Entgelt in der Volkswirtschaft, die vorher in der Hauswirtschaft gratis erbracht wurden (Wäsche, Altenpflege, Freizeit, Transporte, Gesundheitspflege). Mit der Akkumulation verbunden ist meist auch Hierarchie und Konzentration der Produktionsmittel in weniger Händen. (Jeder Schweizer oder Inder kann eine Axt besitzen, aber nicht jeder eine Sägerei.) Bezüglich der Umwelt aber ist wichtig, dass die zur Akkumulation notwendige Steigerung der Arbeitsproduktivität zu Lasten der Energie- und Umweltgüterproduktivität geht. Das heisst, um mehr Güter mit gleichviel Arbeit hervorzubringen, werden überproportional mehr Energie und Umweltquellen vernutzt. Es ist daher wahrscheinlich, dass unser Lebensstandard von der Umwelt her nicht verallgemeinerungsfähig ist. Innerhalb der reichen Länder funktioniert zwar der in Wachstumsanstrengung und Arbeitsdisziplin umgesetzte Erwartungsmechanismus, dass der Oberschichtkonsum von heute der Massenkonsum von morgen wird. Aber weltweit ist dies wohl kaum möglich. Ob es sinnvoll sei, bleibe sowieso dahingestellt... Es dürfte daher soweit kommen, dass ohne weltweite Zuteilungsmechanismen nach dem Bedürfnisprinzip und ohne straffe Rohstoffkartelle der Entwicklungsländer die Industrieländer den Löwenanteil der verbleibenden Umweltgüter, Energien und Rohstoffe weiterhin an sich reissen und sozusagen mit Papier bezahlen: durch inflationierende Währungen oder aber durch faktisch indexierte Preise ihrer Export-

güter (und Exportdienstleistungen, wie zum Beispiel Lizenzen, ein immer wichtigerer Export- und Beherrschungsartikel).
Der im ersten Teil optimistisch gezogene Schluss, dass ein «Null-Summen-Spiel» durch die Entwicklung der Dritten Welt für unsere Arbeitsplätze nicht stattgefunden hat, muss nach den allgemeineren Betrachtungen des zweiten Teils dahin eingeschränkt werden, dass es auf die gesellschaftliche Gestaltung menschlicher Beziehungen auch hier ankommt, ob Segen oder Fluch daraus wird. Solidarität bleibt eine Aufgabe. Gerechtigkeit und womöglich langfristig das Überleben aller hängen davon ab.